

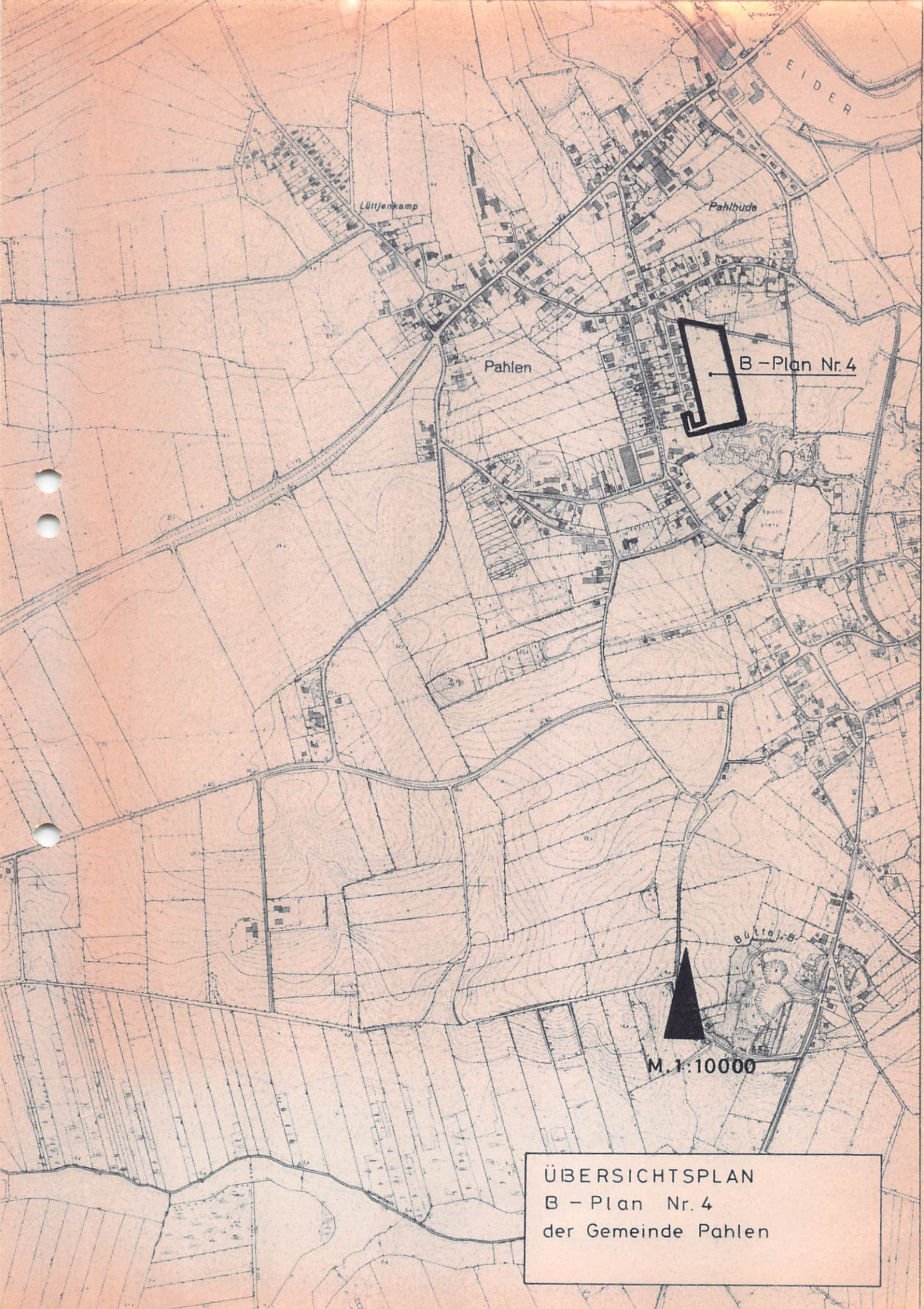


B-Plan Nr. 4

521000mE

M.1: 25000

ÜBERSICHTSPLAN
B - Plan Nr. 4
der Gemeinde Pahlen



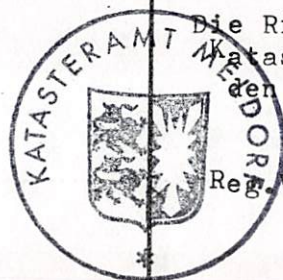
ÜBERSICHTSPLAN
B - Plan Nr. 4
der Gemeinde Pahlen

Eigentümerverzeichnis

Bl.

zum Bebauungsplan Nr. 4 der Gemeinde Pahlen

Gemarkung	Flur	Flurstück	Grundbuch von Tellingstedt	Eigentümer	L.-B.Nr.
Pahlen	8	3/1	--/1157	R o g g o w, Wolfgang, Zimmermann	763
		4	91/3403	H a n s e n, Lenchen, geb. Jargstorf in Pahlen	90
		24/1	49/2158	P e t e r s e n, Gertrud, geb. Schrum, Witwe, und Petersen	423
		24/2		Hans August, Schüler, geb. 15.10.1950, in ungeteilter Erbengemeinschaft	
		25/1	1480	Dorfgemeinde Pahlen	231
		35/13	1066	P r o p p, Horst, Lagerverwalter, in Heilbronn	752
		35/14	577	K u c m o c h t, Dieter, Maurer, und Ehefrau Hannelore, geb. Redel, in Dörpling, je zu 1/2	703
		35/1	39/1847a	H i n r i c h s, <u>Peter</u> Seebrandt, Landmann	502



Die Richtigkeit bescheinigt :
Katasteramt Meldorf,
den 22.12.1980

F. J. J.
Reg. Verm. Direktor

.....Ausfertigung
Gebühren.....DM
Az.: 106088

Auszugsweise Abschrift aus der

H a u p t s a t z u n g

der Gemeinde Pahlen, Kreis Dithmarschen

Inhalt:

- § 1 Siegel
- § 2 Einberufung der Gemeindevertretung
- § 3 Bürgermeister
- § 4 Ständige Ausschüsse
- § 5 Entschädigung
- § 6 Wertgrenze bei Erwerb von und Verfügung über Gemeindevermögen
- § 7 Verträge mit Gemeindevertretern
- § 8 Verpflichtungserklärungen
- § 9 Veröffentlichungen
- § 10 Inkrafttreten

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1977 (GVOBl.Schl.-H.S.410), geändert durch Gesetz vom 15. Februar 1978 (GVOBl.Schl.-H.S.28), wird nach Beschluß der Gemeindevertretung der Gemeinde Pahlen vom 17.8.1978 und mit Genehmigung des Landrats des Kreises Dithmarschen folgende

H a u p t s a t z u n g

erlassen.

§ 1 bis 8 pp

§ 9 Veröffentlichungen

(1) Satzungen der Gemeinde werden durch Aushang an den amtlichen Bekanntmachungstafeln, die sich

- a) auf dem Grundstück Rudolf Hinrichs, Hauptstr. 43, und
- b) auf dem Grundstück Schlachtereier Oland, Mühlenberg 16, befinden

während einer Dauer von 14 Tagen bekanntgemacht. Die Bekanntmachung ist mit dem Ablauf des letzten Tages der Aushangfrist bewirkt. Der Tag des Anschlages und der Tag der Abnahme, die bei der Aushangfrist nicht mitrechnen, sind auf den ausgehängten Exemplaren mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.

(2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Abs. 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.

(3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Abs. 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

§ 10 Inkrafttreten

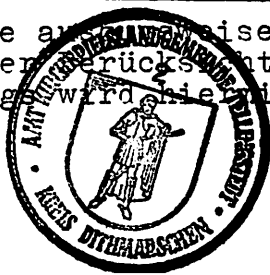
Die Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung der Gemeinde Pahlen vom 7. September 1976 außer Kraft. Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung des Landrates des Kreises Dithmarschen in Heide vom 30.08.1978 Az. 022.021.03/088 erteilt.

Pahlen, den 20. September 1978

Der Bürgermeister
gez. Burger

LS

Vorstehende auszugsweise Abschrift der Hauptsatzung der Gemeinde Pahlen unter Berücksichtigung des seit 15.8.79 rechtskräftigen 1. Nachtrags wird hiermit amtlich beglaubigt.



Tellingstedt, den 28. Jan. 1981

Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Der Amtsvorsteher

B e g r ü n d u n g

zum Bebauungsplan Nr. 4 der Gemeinde

P a h l e n

für das Gebiet " H e s e n "

1. Allgemeines

1.1 Verhältnisse der Gemeinde

Die Gemeinde Pahlen hat z. Z. ca. 1.040 Einwohner und liegt ca. 5 km nördlich des Unterzentrums Tellingstedt. Pahlen ist dem Nahbereich des Unterzentrums Tellingstedt zugeordnet. Verwaltungsmäßig gehört die Gemeinde zum Amt Kirchspielsland-gemeinde Tellingstedt, 2245 Tellingstedt, Kreis Dithmarschen.

1.2 Notwendigkeit der Baulanderschließung

Die Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes ist erforderlich, um dem vorhandenen Bedarf an Baugrundstücken für Wohnhausbauten Rechnung zu tragen. Die Größe des Plangeltungsbereiches wurde notwendig, um den Bedarf zu decken und um eine wirtschaftliche Lösung der Erschließungsmaßnahmen und eine städtebaulich günstige Gesamtgestaltung zu erreichen.

Der Bebauungsplan wird aus der z. Z. in Aufstellung befindlichen 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde entwickelt. In dem Bebauungsplan sind Bauflächen für 16 neue Wohneinheiten ausgewiesen worden, zum Teil als Allgemeines Wohngebiet (WA), zum Teil als Dorfgebiet (MD).

1.3 Lage des Bebauungsplangebietes

Die Lage des Bebauungsplangebietes ist aus dem anliegenden Übersichtsplan zu ersehen. Das Gebiet liegt östlich der Sackstraße.

1.4 Topographie

Das c. 2,0 ha große Geestbodengelände des Plangeltungsbereiches liegt etwa 3 - 7 m über NN. Das Gelände steigt nach Süden um ca. 4 m an.

1.5 Eigentumsverhältnisse

Die Flurstücke im Plangeltungsbereich befinden sich im Eigentum der Gemeinde Pahlen; sie wurden nach Aufstellung des Eigentümerverzeichnisses erworben.

Bei den Bodenverkehrsgenehmigungen ist zur Auflage zu machen, daß sich die Käufer und Verkäufer von Baugelände den Festsetzungen des Bebauungsplanes unterwerfen.

2. Maßnahmen für die Ordnung des Grund und Bodens

Besondere Maßnahmen für die Ordnung des Grund und Bodens werden nicht erforderlich. Die Straßen, die Fläche für die Kläranlage und der Kinderspielfeldplatz bleiben auch nach dem Ausbau im Eigentum der Gemeinde.

3. Versorgungseinrichtungen

3.1 Elektrischer Strom

Die Versorgung der Gebäude mit elektrischer Energie erfolgt durch die Schleswig. Die Zuführung im Plangeltungsbereich soll durch Erdkabel erfolgen. Die Straßen werden im Endzustand ausreichend beleuchtet.

3.2 Wasser

Die Wasserversorgung erfolgt zentral durch den Wasserbeschaffungsverband Norderdithmarschen.

3.3 Feuerlöschrichtungen

Das in den Straßen verlegte Wasserleitungsnetz erhält in den vorgeschriebenen Abständen Unterflurhydranten, die für Löschzwecke zu nutzen sind.

4. Abwasserbeseitigung

Das Schmutzwasser aus dem Plangeltungsbereich wird mit Rücksicht auf die Reinhaltung der Gewässer vollbiologisch mittels einer Belebungsanlage gereinigt. Diese Anlage ist im nordwestlichen Teil des Geltungsbereiches vorgesehen.

Das geklärte Schmutzwasser wird in die vorhandenen Vorfluter geleitet. Die Einleitung der Abwässer in die Vorfluter erfolgt im Einvernehmen mit den Sielverbänden und nach erteilter Einleitungserlaubnis der Wasserbehörde des Kreises. Das auf den geplanten Baugrundstücken anfallende Oberflächenwasser wird dort in den Untergrund geleitet.

5. Müllbeseitigung

Die Müllbeseitigung erfolgt in geschlossenen Gefäßen über die zentrale Müllabfuhr. Die Müllbeseitigung ist durch die Satzung über die Abfallbeseitigung im Kreis Dithmarschen geregelt. Die Mülltonnen sind so aufzustellen, daß sie weder von der Straße noch von Nachbargrundstücken einzusehen sind.

6. Kinderspielplatz

Im Plangeltungsbereich ist im südwestlichen Teil ein Kinderspielplatz festgesetzt.

7. Notzufahrt

Die im vorliegenden Bebauungsplan festgesetzte Notzufahrt ist nur bei Not- und Katastrophenfällen über den angrenzenden Flurstücksteil zu benutzen. Die Notzufahrt dient ebenfalls als Fußweg zur Sackstraße.

8. Auswurfbegrenzung Tierhaltung - Schweine
(VDI 3471)

Der Teil des Geltungsbereiches, der als Dorfgebiet (MD) festgesetzt ist, liegt im Einflußbereich eines Schweinemastbetriebes (Burger) mit etwa 150 Schweinemastplätzen. Nach der VDI-Richtlinie 3741 Auswurfbegrenzung Tierhaltung - Schweine - muß der Abstand 150 m betragen (siehe hierzu beiliegende Berechnung - Anlage -). Bei einer Festsetzung als Dorfgebiet (MD) reicht der jetzt vorgesehene Abstand (120 m) aus (zulässiger Abstand 75 m).

9. Fahrgeschwindigkeit und Verkehrsregelung

Die höchstzulässige Fahrgeschwindigkeit beträgt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 50 km/Std.; als Verkehrsregelung gilt "rechts vor links".

10. Kosten

Der der Gemeinde aus diesen Maßnahmen entstehende 10 %ige Kostenanteil für die Erschließung wird auf ca. 35.000,-- DM geschätzt. Die Finanzierung erfolgt aus allgemeinen Haushaltsmitteln. Bei der Finanzplanung ist dieser Betrag zu berücksichtigen.

Aufgestellt:

Pahlen, den 13. OKT. 1982

Gemeinde Pahlen

- Bürgermeister -



Anlage zur Begründung, B-Plan Nr. 4 der Gemeinde Pahlen

Intensivtierhaltung (Schweinemast) Burger

Berechnung nach VDI 3471.

Bestandsgröße

150 Mastschweine

(kontinuierliche Mast)

≈ 19,50 GV (Großvieheinheit)

Bewertung der Hauptfaktoren (Tafel 3)

(nach Angaben des Eigentümers und Inaugenscheinnahme)

Mistlagerung:

seitlich umwandeter Platz für Stapelfestmist

25 Pkt

Entmistung:

Festmist

20 Pkt

Abluftaustritt:

Senkrecht über Dach, Höhe mehr als 1,5 m

über höchstem Dachpunkt

10 Pkt

Sommerluftrate nach DIN 18910

unter 3 K

10 Pkt

Austrittsgeschwindigkeit

über/gleich/7 m/s

5 Pkt

70 Pkt

=====

Mindestabstand nach Bild 20

150 m

50 % Regelung Erlaß Sozialminister
vom 06.04.1982

75 m

bei MD-Gebiet



DER LANDRAT
DES KREISES DITHMARSCHEN

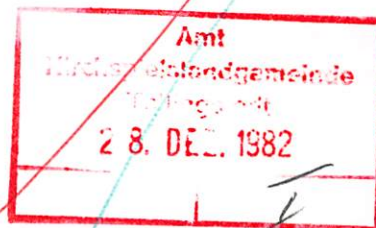
Rechts- und Kommunalaufsichtsamt

Kreis Dithmarschen · Postfach 1620 · 2240 Heide

Gegen Empfangsbekenntnis

Amt Kirchspielslandgemeinde
Tellingstedt
Der Amtsvorsteher

2245 Tellingstedt



Ihre Zeichen und Nachricht vom

Mein Zeichen

601.622.60/088

Durchwahl-Nr.

(0481) 97 418

Heide

27. Dez. 1982

Betreff

Genehmigung des Bebauungsplanes Nr. 4 der Gemeinde Pahlen

Anlagen 3 Planausfertigungen, 1 Verfahrensakte

Der von der Gemeindevertretung der Gemeinde Pahlen am 03.08.1982 als Satzung beschlossene Bebauungsplan Nr. 4 für das Gebiet "Hesen" (bestehend aus der Planzeichnung - Teil A - und dem Text - Teil B -) wird hiermit gemäß § 11 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), geändert durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949),

g e n e h m i g t .

Die Genehmigung erfolgt unter den nachstehenden Auflagen und mit den folgenden Hinweisen.

Auflagen:

1. Für das WA-Gebiet mit einer I-geschossigen und offenen Bauweise (geplante Baugrundstücke 2, 4, 6, 8) westlich der Planstraße A ist kein weiteres Maß der baulichen Nutzung genannt worden. In der Planzeichnung ist für diesen Bereich noch entsprechend die Grundflächenzahl (GRZ) und die Geschoßflächenzahl (GFZ) festzusetzen.

2. Im Text (Ziffer 3 - Einfriedigungen -) ist der letzte Satz nicht eindeutig (§ 67 Abs. 2 Landesverwaltungsgesetz). Zur erforderlichen eindeutigen max. Höhenfestsetzung der Einfriedigungen ist auch der genaue Bezugspunkt (z. B. Oberkante Gehweg der Straßenverkehrsfläche) festzuhalten. Der Text ist noch entsprechend zu ergänzen.

Hinweise:

Nicht alle Flurstücke bzw. Flurstücksteile im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden sich nach dem Eigentümerverzeichnis im Eigentum der Gemeinde. Gemäß § 9 Abs. 8 BBauG sind somit in der Begründung bodenordnende und sonstige Maßnahmen darzulegen (§§ 45 ff., 80 ff., 85 ff. BBauG), für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll. Die Begründung in Ziffer 1.5 und 2 ist noch zu ergänzen.

Gemäß Stellungnahme des Kreises Dithmarschen als Träger öffentlicher Belange vom 22.11.1979 und Bericht des Amtes Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt vom 25.06.1980 (Blatt 19 b und 19 c der Verfahrensakte) soll das auf den geplanten Baugrundstücken anfallende Oberflächenwasser dort entsprechend in den Untergrund eingeleitet werden. Die Begründung (Ziffer 4 - Abwasserbeseitigung -) ist noch entsprechend zu ergänzen.

Um jederzeit den genauen Verfahrensgang nachweisen zu können, sollte auch das im Verfahren nach § 2 a Abs. 6 BBauG ausgelegte Exemplar der Begründung mit einem entsprechenden Verfahrensvermerk (wie die Planzeichnung) versehen werden. Auf die Ziffern 10 und 14 des Runderlasses des Herrn Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 21.12.1981 wird verwiesen.

Die hiernach erforderlich werdende Aufhebung bestehender oder die Aufnahme neuer Festsetzungen ist von der Gemeindevertretung in der durch § 10 BBauG bestimmten Form (Satzung) zu beschließen. Der entsprechende Beschluß ist bei der im Plan und Text vorgenommenen Änderung anzugeben. Für die Änderung der Begründung ist ein einfacher Beschluß der Vertretungskörperschaft erforderlich.

Die gesamten Vorgänge sind - mit Ausnahme der von mir zunächst noch zurückbehaltenen Zweitausfertigung der Planunterlagen - in der Anlage wieder beigelegt. Nach Erfüllung der Auflagen und Hinweise ist mir die anliegende Drittausfertigung der berichtigten Planunterlagen unter Beifügung einer beglaubigten Abschrift des Beschlusses der Gemeindevertretung über die Änderung der Satzung gemäß § 10 BBauG zurückzusenden.

Die Ausfertigung der Bebauungsplansatzung und die Bekanntmachung der Genehmigung sowie von Ort und Zeit der Auslegung gemäß § 12 BBauG darf

erst vorgenommen werden, wenn die Erfüllung der Auflagen von mir unter Beifügung der zurückbehaltenen Zweitausfertigung und der übersandten Drittausfertigung bestätigt worden ist. In der Bekanntmachung gemäß § 12 BBauG ist auch die Gebietsbezeichnung des Bebauungsplanes anzugeben. Außerdem sind in die Bekanntmachung Hinweise entsprechend § 44 c Abs. 3 und § 155 a Abs. 4 BBauG aufzunehmen. Ich verweise insoweit auch auf Ziffer 7.10 des Runderlasses des Herrn Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 21.12.1981 (Amtsbl. Schl.-H. 1982 S. 22).

Der Tag der abgeschlossenen Bekanntmachung gemäß § 12 BBauG (Veröffentlichung in einer Tageszeitung, einem Bekanntmachungsblatt oder Ablauf des letzten Tages der Aushangfrist an der Bekanntmachungstafel) ist mir unter Beifügung eines Abdruckes der Veröffentlichung mit Datum der Abnahme mitzuteilen. Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG hat spätestens mit Wirksamwerden der Bekanntmachung zu erfolgen. Letzter Termin für den Beginn der Auslegung auf Dauer ist somit der Tag der Bewirkung der Bekanntmachung (vergleiche § 6 der Bekanntmachungsverordnung vom 12.06.1979 - GVOBl. Schl.-H. S. 373 - und Ziffer 7.10 des Runderlasses des Herrn Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 21.12.1981). Mit Beginn dieses Tages tritt gleichzeitig der Bebauungsplan in Kraft.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen die mit dieser Entscheidung verbundenen Auflagen kann die Gemeinde Pahlen innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides Widerspruch beim Landrat des Kreises Dithmarschen - Rechts- und Kommunalaufsichtsamt -, Stettiner Str. 30, 2240 Heide, erheben. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

In Vertretung:



(Cornelius)

Ltd. Kreisverwaltungsdirektor

114

AUSZUGSWEISE ABSCHRIFT

aus der Niederschrift über die Sitzung der
Gemeindevertretung der Gemeinde
vom 08.04.1983

Pahlen

Punkt 6: Bebauungsplan Nr. 4 "Hesen";
hier: Auflagenerfüllung

Beschluß: Die von der Gemeindevertretung am 03.08.1982 beschlossene
Satzung über den Bebauungsplan Nr. 4 für das Gebiet "Hesen"
wird zur Erfüllung der in der Genehmigung vom 27.12.1982
enthaltenen Auflagen und Hinweisen wie folgt geändert:

1. Im WA-Gebiet mit einer eingeschossigen und offenen Bauweise (geplante Baugrundstücke 2, 4, 6, 8), westlich der Planstraße A, wird die Grundflächenzahl (GRZ) auf 0,25 und die Geschößflächenzahl (GFZ) auf 0,35 festgesetzt. Die Planzeichnung ist berichtigt.
2. Zu Ziffer 3 - Einfriedigung - letzter Absatz des Textes ist die Höhenfestsetzung der Einfriedigung konkretisiert worden. Der Textteil ist überarbeitet worden.
3. Bodenordnende und sonstige Maßnahmen sind in der Begründung nicht darzulegen, da die Flurstücke nach Aufstellung des Eigentümerverzeichnisses von der Gemeinde Pahlen erworben wurden. Die Umschreibungen erfolgten im Jahre 1982 Ziffer 1.5 der Begründung wurde ergänzt.
4. Das auf den geplanten Baugrundstücken anfallende Oberflächenwasser wird dort in den Untergrund geleitet. Die Ziffer 4 der Begründung wurde entsprechend ergänzt.
5. Das im Verfahren nach § 2a Absatz 6 BBauG ausgelegte Exemplar der Begründung wurde mit einem entsprechenden Verfahrensvermerk versehen.

Die Hinweise sind somit berücksichtigt worden.

Eine erneute Auslegung der geänderten Satzung ist nicht erforderlich, da die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und die Nutzung der betroffenen und benachbarten Grundstücke nicht beeinträchtigt werden.

Das Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt ist beauftragt, die Bestätigung der Auflagenerfüllung durch die Genehmigungsbehörde einzuholen und danach die Genehmigung bekanntzumachen.

Stimmenverhältnis: Einstimmig.

Anmerkung:

Gemäß § 22 GO waren keine Gemeindevertreter von der Beratung und Beschlußfassung auszuschließen.

Für die Richtigkeit der aus-
zugsweisen Abschrift.

Tellingstedt, den 20.4.83
Der Amtsvorsteher
I. A.

Hme





DER LANDRAT
DES KREISES DITHMARSCHEN

Untere Bauaufsichtsbehörde

Kreis Dithmarschen · Postfach 1620 · 2240 Heide

Amt Kirchspielslandgemeinde
Tellingstedt
Der Amtsvorsteher

2245 Tellingstedt



Ihre Zeichen und Nachricht vom

Mein Zeichen

601.622.60/088

Durchwahl-Nr.

(0481) 97 418

Heide

29.06.1983

Betreff

Bebauungsplan Nr. 4 der Gemeinde Pahlen;
hier: Erfüllung der Auflagen und Hinweise

Bezug: 1. Meine Verfügung vom 27.12.1982
2. Dortiger Bericht vom 25.05.1983

Anlagen - 2 -


Hiermit bestätige ich den Eingang der berichtigten 3. Ausfertigung des Bebauungsplanes Nr. 4 der Gemeinde Pahlen und die Erfüllung der Auflagen und Hinweise meiner Genehmigungsverfügung vom 27.12.1982. Die seinerzeit hierbehaltene 2. Ausfertigung füge ich als Anlage bei mit der Bitte, diese gemäß meinen Auflagen und Hinweisen zu ändern bzw. zu ergänzen. Ferner füge ich die mir vorgelegte 3. Ausfertigung des o. a. Bebauungsplanes ebenfalls wieder bei mit der Bitte, auch diese Ausfertigung nach erfolgter Bekanntmachung gemäß § 12 BBauG durch den Herrn Bürgermeister ausfertigen zu lassen.

Die Bekanntmachung der Genehmigung sowie von Ort und Zeit der Auslegung gemäß § 12 BBauG bitte ich nunmehr zu veranlassen. Ich weise darauf hin, daß in der Bekanntmachung gemäß § 12 BBauG Hinweise entsprechend § 44 c Abs. 3 und § 155 a Abs. 4 BBauG aufzunehmen sind.

Den Tag der abgeschlossenen Bekanntmachung (Veröffentlichung in einer Tageszeitung, einem Bekanntmachungsblatt oder Ablauf des letzten Tages der Aushangfrist an der Bekanntmachungstafel) bitte ich mir unter Beifügung eines Abdruckes der Veröffentlichung (bei Aushang an der Bekanntmachungstafel mit Datum der Abnahme) mitzuteilen. Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG soll erst nach abgeschlossener Bekanntmachung erfolgen. Danach sind alle Exemplare des Bebauungsplanes auszufertigen.

Alsdann bitte ich, mir die für mich bestimmte 2. und 4. Ausfertigung der Planunterlagen zusammen mit der Bekanntmachung der Genehmigung und Auslegung (2fach) zurückzusenden. Die Drittausfertigung mit sämtlichen Unterlagen ist dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig-Holstein auf dem Dienstwege zu übersenden.

Im Auftrage:


(Kandt)

Ltd. Kreisbaudirektor

BEKANNTMACHUNG

des Amtes Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Betr.: Genehmigung des Bebauungsplanes Nr. 4 der Gemeinde Pahlen

Der von der Gemeindevertretung in der Sitzung am 03.08.1982 als Satzung beschlossener Bebauungsplan Nr. 4 der Gemeinde Pahlen für das Gebiet "Hesen", bestehend aus der Planzeichnung -Teil A- und dem Text -Teil B- wurde mit der Verfügung des Landrats des Kreises Dithmarschen vom 27.12.1982, Az.: 601.622.60/088 mit Auflagen und Hinweisen nach § 11 in Verbindung mit § 6 Abs. 2 bis 4 BBauG 1976/1979 genehmigt.

Die Erfüllung der Auflagen und die Berücksichtigung der Hinweise wurde mit der Verfügung des Landrats des Kreises Dithmarschen vom 29.06.1983, Az.: 601.622.60/088 bestätigt.

Die Genehmigung wird hiermit bekanntgemacht. Der Bebauungsplan wird mit Beginn des 28.07.1983 rechtsverbindlich. Jedermann kann den genehmigten Bebauungsplan und die Begründung dazu ab diesem Tag in der Amtsverwaltung Tellingstedt in Tellingstedt, Teichstraße 1, Zimmer 4, während der Dienststunden einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung des Bebauungsplanes mit Ausnahme der Vorschriften über die Genehmigung und die Bekanntmachung ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen (§ 155 a BBauG 1976/1979).

Auf die Vorschriften des § 44 c Abs. 1 Satz 1 und 2 und Abs. 2 des Bundesbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Aug. 1976 (BGBl. I S. 2256) über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Tellingstedt, den 11.07.1983

Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt
Der Amtsvorsteher
Im Auftrage



(Arens)

Veröffentlichung:

An der Bekanntmachungstafel

Ausgehängt am: 13.07.1983
abzunehmen am: 28.07.1983
abgenommen am: 28.07.1983

auf dem Grundstück von Rudolf Hinrichs
Hauptstraße 43

I.A.

I.A.



BEKANNTMACHUNG

des Amtes Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Betr.: Genehmigung des Bebauungsplanes Nr. 4 der Gemeinde Pahlen

Der von der Gemeindevertretung in der Sitzung am 03.08.1982 als Satzung beschlossener Bebauungsplan Nr. 4 der Gemeinde Pahlen für das Gebiet "Hesen", bestehend aus der Planzeichnung -Teil A- und dem Text -Teil B- wurde mit der Verfügung des Landrats des Kreises Dithmarschen vom 27.12.1982, Az.: 601.622.60/088 mit Auflagen und Hinweisen nach § 11 in Verbindung mit § 6 Abs. 2 bis 4 BBauG 1976/1979 genehmigt.

Die Erfüllung der Auflagen und die Berücksichtigung der Hinweise wurde mit der Verfügung des Landrats des Kreises Dithmarschen vom 29.06.1983, Az.: 601.622.60/088 bestätigt.

Die Genehmigung wird hiermit bekanntgemacht. Der Bebauungsplan wird mit Beginn des 28.07.1983 rechtsverbindlich. Jedermann kann den genehmigten Bebauungsplan und die Begründung dazu ab diesem Tag in der Amtsverwaltung Tellingstedt in Tellingstedt, Teichstraße 1, Zimmer 4, während der Dienststunden einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung des Bebauungsplanes mit Ausnahme der Vorschriften über die Genehmigung und die Bekanntmachung ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen (§ 155 a BBauG 1976/1979).

Auf die Vorschriften des § 44 c Abs. 1 Satz 1 und 2 und Abs. 2 des Bundesbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Aug. 1976 (BGBl. I S. 2256) über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Tellingstedt, den 11.07.1983



Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt
Der Amtsvorsteher
Im Auftrage

(Arens)

Veröffentlichung:
An der Bekanntmachungstafel

Ausgehängt am: 13.07.1983
abzunehmen am: 28.07.1983
abgenommen am: 28.07.1983



auf dem Grundstück von Schlachtereier Oland, Mühlenberg 16

I.A.

I.A.

